

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzels FDP/DVP

und

Antwort

des Innenministeriums

Entwicklung von rechts- und linksextremem Gewalt in Baden-Württemberg

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremen und linksextremen Gewaltdelikten und sonstigen politisch rechts- bzw. linksmotivierten Straftaten in den Jahren 2005 bis 2009 in Baden-Württemberg (aufgeschlüsselt nach Tatbeständen)?
2. Wie hoch sind die jeweils vom Gericht für die politisch rechts und links motivierten Straftaten und rechts- und linksextremen Gewaltdelikte ausgesprochenen Strafen im Verhältnis zu den durchschnittlich ausgesprochenen Strafen bei den jeweiligen Deliktsverurteilungen?
3. Liegen ihr Anhaltspunkte dafür vor, dass sich in den kommenden Jahren die rechts- und die linksextreme Gewalt und die Begehung politisch rechts- oder linksmotivierter Straftaten erhöhen wird und wenn ja, welche Schlüsse zieht die Landesregierung daraus?
4. Welche Konzepte gibt es ihrerseits, gegen rechtsextreme und linksextreme Gewalt und andere politisch rechts- und linksmotivierte Straftaten vorzugehen bzw. einer Begehung vorzubeugen?
5. Wie hoch ist der Anteil der Täter rechtsextremer und der linksextremer Gewalttaten und anderer politisch rechts- oder linksmotivierter Straftaten, die bei Begehung der Tat einer extremistisch orientierten Partei oder sonstigen extremistischen Vereinigung angehören?
6. Gegen welche Personen bzw. Gruppierungen richtet sich rechtsextreme und linksextreme Gewalt in Baden-Württemberg?

18.01.2010

Dr. Wetzels FDP/DVP

Eingegangen: 18.01.2010 / Ausgegeben: 16.02.2010

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Begründung

Nach der Warnung des Präsidenten des BKA, Jörg Ziercke, in den Medien vor einem weiteren Anstieg rechter Gewalt in Deutschland stellt sich die Frage, inwieweit Baden-Württemberg auch mit diesem Problem konfrontiert ist, ob es Prognosen gibt, wie sich die rechte Gewalt entwickeln wird und wie das Land auf die Problemstellung reagiert. Gleiches gilt in selbem Maße auch für politisch links motivierte Gewalt und sonstige Delikte.

Zudem werden laut BKA immer mehr linke Gruppierungen Opfer von rechtsradikalen Übergriffen. Auch hier ist die Frage, ob und inwieweit dies auch in Baden-Württemberg der Fall ist und wie es sich in umgekehrter Richtung mit den Opfern linksextremistischer Gewalt verhält.

Antwort

Mit Schreiben vom 8. Februar 2010 Nr. 3-1228.3/398 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Justizministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremen und linksextremen Gewaltdelikten und sonstigen politisch rechts- bzw. linksmotivierten Straftaten in den Jahren 2005 bis 2009 in Baden-Württemberg (aufgeschlüsselt nach Tatbeständen)?

Zu 1.:

Die deliktische Verteilung der rechts- und linksextremistischen Straftaten ist den nachfolgenden Tabellen zu entnehmen:

Deliktische Verteilung der Straftaten – RECHTS –

	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamt	1166	1351	1089	1220	1268
Gewalttaten	76	101	79	56	48
Tötungsdelikte	1	0	0	0	1
– Versuche	1	0	0	0	1
– Vollendete	0	0	0	0	0
Körperverletzungen	71	89	69	50	42
Brand- und Sprengstoffdelikte	1	2	4	2	2
Landfriedensbruch	0	3	1	1	1
Gef. Eingriffe in Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr	0	1	0	0	0
Raub/Erpressung	1	3	2	1	2
Widerstandsdelikte	2	3	3	2	0
Propagandadelikte §§ 86, 86 a StGB	761	910	689	853	734
Sonstige Straftaten	329	340	321	311	486
– §§ 130, 131 StGB	140	163	182	147	174
– § 126 StGB	4	2	2	2	1
– §§ 240, 241 StGB	9	6	4	5	7
– §§ 185 ff. StGB	56	57	30	33	40
– §§ 303 ff. StGB	87	68	77	103	219
– § 168 StGB	0	1	3	4	0

	2005	2006	2007	2008	2009
Sonstige §§ StGB	24	32	17	11	33
VereinsG	0	0	1	1	0
VersammlG	0	0	3	4	11
Sonstige strafrechtl. Nebengesetze	9	11	2	1	1

Deliktische Verteilung der Straftaten – LINKS –

	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamt	460	685	380	364	940
Gewalttaten	54	100	52	31	95
Tötungsdelikte	0	0	1	0	0
– Versuche	0	0	1	0	0
– Vollendete	0	0	0	0	0
Körperverletzungen	43	75	42	16	51
Brand- und Sprengstoffdelikte	1	3	0	1	6
Landfriedensbruch	3	6	3	4	4
Gef. Eingriffe in Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr	3	6	2	4	0
Raub/Erpressung	1	0	1	1	4
Widerstandsdelikte	3	10	3	5	30
Propagandadelikte §§ 86, 86 a StGB	97	251	19	9	15
Sonstige Straftaten	309	334	309	324	830
– §§ 130, 131 StGB	0	1	0	1	0
– § 126 StGB	0	5	2	0	5
– §§ 240, 241 StGB	1	4	5	1	6
– §§ 185 ff. StGB	21	40	27	35	55
– §§ 303 ff. StGB	228	199	216	238	617
Sonstige §§ StGB	25	21	17	18	50
VersammlG	0	60	41	29	95
Sonstige strafrechtl. Nebengesetze	34	4	1	2	2

2. *Wie hoch sind die jeweils vom Gericht für die politisch rechts und links motivierten Straftaten und rechts- und linksextremen Gewaltdelikte ausgesprochenen Strafen im Verhältnis zu den durchschnittlich ausgesprochenen Strafen bei den jeweiligen Deliktsverurteilungen?*

Zu 2.:

Es wird keine Statistik geführt, die die jeweils verhängte Strafe bei Verurteilungen wegen links- und rechtsextremistisch motivierter Taten ausweist. Daher kann auch keine Aussage dazu getroffen werden, wie das Verhältnis dieser Sanktionen zu den bei Fehlen einer solchen Motivation verhängten Strafen ist.

Generell kann zu *rechtsextremistisch* motivierten Straftaten ausgeführt werden, dass es im Jahr 2008 in Baden-Württemberg zu insgesamt 41 Verurteilungen zu Freiheits- oder Jugendstrafen wegen rechtsextremistischer oder ausländerfeindlicher Straftaten gekommen ist. Hierbei wurde in zwölf Fällen eine Freiheitsstrafe

bis sechs Monate, in weiteren zwölf Fällen eine Freiheitsstrafe von sechs bis zwölf Monaten, in 13 Fällen eine Freiheitsstrafe von ein bis zwei Jahren und in vier Fällen eine Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren verhängt.

Die Freiheitsstrafen unter sechs Monaten wurden in acht Fällen zur Bewährung ausgesetzt. Von den 25 Freiheitsstrafen von sechs Monaten bis zu zwei Jahren wurden 19 zur Bewährung ausgesetzt.

Die Zahlen zeigen keine erhebliche Abweichung zu der Erhebung des Vorjahres, in dem 46 Verurteilungen zu Freiheits- oder Jugendstrafen wegen rechtsextremistischer oder ausländerfeindlicher Straftaten zu verzeichnen waren. Allerdings waren im Jahr 2007 mehr kurze (24 Verurteilungen mit Freiheitsstrafe unter sechs Monate) und weniger lange Freiheitsstrafen verhängt worden.

Statistische Erhebungen zu *linksextremistisch* motivierten Straftaten werden nicht durchgeführt.

3. Liegen ihr Anhaltspunkte dafür vor, dass sich in den kommenden Jahren die rechts- und die linksextreme Gewalt und die Begehung politisch rechts- oder linksmotivierter Straftaten erhöhen wird und wenn ja, welche Schlüsse zieht die Landesregierung daraus?

Zu 3.:

Rechtsextremismus

Nachstehende Tabelle zeigt die Langzeitbetrachtung (10-Jahreszeitraum) der Straf- und Gewalttaten im Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität „rechts“.

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Straftaten Gesamt	1470	1449	1097	898	914	1166	1351	1089	1220	1268
davon Gewalt	107	82	56	59	69	76	101	79	56	48

Bei den *Gewaltdelikten* politisch motivierter Kriminalität „rechts“ ist seit 2007 eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen.

Gegenwärtig sind keine gesellschaftlichen oder politischen Entwicklungen in Baden-Württemberg erkennbar, die sich wesentlich auf die Fallzahlenentwicklung im Bereich der politisch motivierten Kriminalität „rechts“ auswirken könnten. Das seit einigen Jahren kontinuierlich abnehmende rechtsextremistische Personenpotenzial und das nachlassende rechtsextremistische Demonstrationsaufkommen sprechen nicht dafür, dass sich die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten in den kommenden Jahren signifikant erhöhen wird.

Linksextremismus

Nachstehende Tabelle zeigt die Langzeitbetrachtung (10-Jahreszeitraum) der Straf- und Gewalttaten im Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität „links“. Der deutliche Anstieg der Straf- und Gewalttaten im Jahr 2009 lässt sich auf die Häufung „szenerrelevanter“ Ereignisse zurückführen. Dazu zählen der NATO-Gipfel in Baden-Baden, Kehl und Straßburg, Aktionen rund um den 1. Mai, die Europa-, Kommunal- und Bundestagswahlen sowie die Wirtschafts- und Finanzkrise.

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Straftaten										
Gesamt	320	545	411	398	408	460	685	380	364	940
davon Gewalt	55	54	44	60	59	54	100	52	31	95

Gewaltdelikte werden häufig bei Demonstrationen wie z. B. anlässlich des Feiertages am 1. Mai registriert. Auffallend ist, dass die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt sinkt. Dies gilt auch für die Gewaltanwendung gegen staatliche Institutionen bzw. deren Vertreter.

Für einen Anstieg linksextremistischer Straf- und Gewalttaten in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren liegen keine konkreten Anhaltspunkte vor. Die zurückgehende Anerkennung staatlicher Autorität und der damit einhergehende Mangel an Respekt vor Justiz-, Sicherheits- und Ordnungsbehörden sowie ein hohes Maß an Aggressivität und Gewaltbereitschaft („Krawalltourismus“) sind jedoch Indizien dafür, dass in den kommenden Jahren eine Zunahme der Fallzahlen im Bereich politisch motivierter Kriminalität „links“ nicht auszuschließen ist.

4. Welche Konzepte gibt es ihrerseits, gegen rechtsextreme und linksextreme Gewalt und andere politisch rechts- und linksmotivierte Straftaten vorzugehen bzw. einer Begehung vorzubeugen?

Zu 4.:

Sowohl Polizei als auch Verfassungsschutz verfügen über zahlreiche Konzepte, um extremistischen Bestrebungen frühzeitig zu begegnen. Die Bekämpfungsmaßnahmen und Handlungsempfehlungen werden fortlaufend überprüft und den Entwicklungen angepasst. Aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenbereiche von Polizei und Verfassungsschutz spiegeln sich in den Konzepten verschiedene Schwerpunkte wider.

Der *Rechtsextremismus* ist seit Jahren ein Beobachtungsschwerpunkt des Landesamts für Verfassungsschutz, wobei insbesondere der gewaltbereite Rechtsextremismus im Fokus steht. Gruppierungen und Szenen, bei denen militante Aktionen möglich erscheinen, unterliegen einer intensiven Beobachtung.

Die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist unverzichtbar. Vor allem Jugendliche müssen über rechtsextremistische Bestrebungen aufgeklärt werden. Hierzu leistet das Landesamt für Verfassungsschutz insbesondere an Haupt- und Berufsschulen des Landes sowie im Rahmen der Lehrerfortbildung seit Jahren einen wertvollen Beitrag.

Die umfangreichen Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen, die sich gezielt an Schüler, Jugendliche und Heranwachsende richten, werden seit Beginn des Schuljahres 2009/2010 durch ein neues Angebot ergänzt: Das Projekt „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus“, das in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung konzipiert wurde, zielt auf einen verbesserten Schutz junger Menschen vor den Gefahren extremistischer Bestrebungen, auf die Unterstützung von Multiplikatoren/-innen durch Aufklärung sowie auf die Förderung der Handlungsfähigkeit für einen couragierten Einsatz gegen Extremismus. Die Landesstiftung Baden-Württemberg fördert das Vorhaben mit einer Million Euro.

Neben den Multiplikatorenschulungen und Vorträgen im schulischen Bereich sowie der Mitwirkung an Projekttagen führt das Landesamt für Verfassungsschutz Vorträge im Rahmen der Weiterbildung bei verschiedensten Gruppen durch. Zudem stehen zahlreiche Materialien zu aktuellen Themen zur Verfügung.

Im Bereich *Linksextremismus* stellt das Landesamt für Verfassungsschutz Fachbroschüren und themenbezogene Beiträge auf der Internetseite zur Verfügung. Auch durch fachbezogene Vortragsveranstaltungen findet eine geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus statt. Allerdings war aufgrund des vergleichsweise schwachen Interesses der Öffentlichkeit an der Problematik

linksextremistischer Bestrebungen die Anzahl der Vortragsveranstaltung zu diesem Thema deutlich geringer als zum Phänomenbereich Rechtsextremismus.

Die Polizei stützt die Bekämpfung *rechtsextremistischer* und *linksextremistischer* Straftaten auf mehrere Kernelemente. Durch aktive Erkenntnisgewinnung und einen umfassenden Informationsaustausch aller betroffenen Behörden können extremistische Veranstaltungen rechtzeitig erkannt und damit den davon ausgehenden Gefahren begegnet werden. Die Auswertung rechts-/linksextremistischer Inhalte im Internet in Abstimmung mit dem Bundeskriminalamt dient ebenso der frühzeitigen Informationsgewinnung wie die Überwachung von Treffpunkten sowie Aufenthalts- und Sammelorten der dem rechts-/linksextremistischen Spektrum zuzurechnenden Personen. Durch offensive Präsenz können einschlägige Straftaten und Ordnungsstörungen verhindert werden. Bei erkannten Treffpunkten erfolgen anlassbezogene Razzien und gezielte Kontrollmaßnahmen.

Die Initiierung und Durchführung von Präventionskonzepten, auch in der kommunalen Kriminalprävention und im Zusammenwirken mit Schulen, bildet einen weiteren wesentlichen Schwerpunkt der Präventionsarbeit. Polizeiliche Präventionsmaßnahmen wurden bereits in den LT-Drucksachen 14/3364 (Präventive Maßnahmen gegen Rechtsextremismus), 14/4147 (Rechtsextreme Musikszene und Vertriebsnetzwerke) und 14/2523 (Rechtsextreme Musikveranstaltungen) detailliert dargestellt.

5. Wie hoch ist der Anteil der Täter rechtsextremer und der linksextremer Gewalttaten und anderer politisch rechts- oder linksmotivierter Straftaten, die bei Begehung der Tat einer extremistisch orientierten Partei oder sonstigen extremistischen Vereinigung angehören?

Zu 5.:

Die Polizei darf aus rechtlichen Gründen keine zielgerichteten und systematischen Datenerhebungen zu Mitgliedern bzw. Angehörigen von extremistischen Parteien und Vereinigungen durchführen und solche Daten auch nicht in polizeilichen Informationssystemen speichern. Aussagen über eine Zuordnung rechts- und linksextremistischer Straf- und Gewalttäter zu einzelnen Organisationen sind auch dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht möglich.

Erfahrungsgemäß werden die zahlenmäßig dominierenden Propagandadelikte (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gemäß § 86 a StGB oder Volksverhetzung gemäß § 130 StGB) von Angehörigen aller Teilbereiche des deutschen *Rechtsextremismus* begangen. Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit sind jedoch fast ausschließlich auf die Skinhead- und Teile der Neonaziszene begrenzt.

Linksextremistische Straf- und Gewalttäter kommen überwiegend aus der „autonomen Szene“. Das dieser Szene zuzurechnende Personenpotenzial ist in Baden-Württemberg mit ca. 590 Personen (Stand 2008) in den letzten Jahren weitgehend gleich geblieben.

6. Gegen welche Personen bzw. Gruppierungen richtet sich rechtsextreme und linksextreme Gewalt in Baden-Württemberg?

Zu 6.:

Ziel *rechtsextremistischer* Gewalt sind vor allem Personen, die tatsächlich oder vermeintlich den bei Rechtsextremisten verbreiteten rassistischen, fremden- und ausländerfeindlichen oder antisemitischen Feindbildern entsprechen. Dazu gehören insbesondere Ausländer, Deutsche ausländischer Herkunft, Juden, aber auch Homosexuelle. Bei Demonstrationen kommt es auch zu rechtsextremistischen Gewalttaten gegen Polizeibeamte und Gegendemonstranten, insbesondere wenn es sich bei Letzteren um gewaltbereite Linksextremisten handelt. Darüber hinaus kam es in der Vergangenheit auch zu Körperverletzungsdelikten gegen Aussteiger aus der rechtsextremistischen Szene.

Linksextremistische Gewalt richtet sich bei Demonstrationen überwiegend gegen Personen, die tatsächlich oder vermeintlich dem rechtsextremistischen Spektrum angehören, sowie gegen Polizeibeamte, die von der gewaltbereiten linksextremistischen Szene dem sogenannten „Repressionsapparat“ zugerechnet und als Instrument „staatlicher Aufstandsbekämpfung“ gesehen werden.

Rech

Innenminister